

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Nr. 187.

Dienstag, den 14. August

1906.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.
Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 20, sowie durch die Post im Deutschen Reich 2 R. 60 Pf. vierteljährlich.
Einzeln Nummern 10 Pf. — Erscheint wochentags nachmittags. — Fernsprecher Nr. 1295.

Ankündigungen: Die Zeile kleiner Schrift der 3mal gespaltenen Ankündigungsseite oder deren Raum 20 Pf., die Zeile größerer Schrift der 3mal gespaltenen Textseite oder deren Raum 60 Pf. — Gebührenermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Kaufmann Otto Emil Löhner in Dresden das ihm von Sr. Majestät dem Könige von Württemberg verliehene Ritterkreuz 2. Klasse des Friedrichsordens annehme und trage.

Se. Majestät der König haben den zum Vize-Konsul von Norwegen für den Bezirk der Stadt und Kreis hauptmannschaft Leipzig ernannten Buchdruckereibesitzer und Buchhändler Eduard Paul Kürsten in Leipzig in dieser Eigenschaft anzuerkennen geruht.

Herrn Bezirksarzt Dr. Brink in Annaberg ist vom 22. August bis mit 29. September d. J. Urlaub erteilt und mit seiner Stellvertretung Herr Bezirksarzt Dr. Rechofsky in Frankenberg beauftragt worden. Nr. 429 VII
Chemnitz, am 11. August 1906.

Königliche Kreishauptmannschaft. 6646

Ernennungen, Beförderungen etc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentl. Unterrichts. Zu besetzen: Die Kirchschullehre zu Lirpersdorf bei Lottengrün i. R. Köll. Die obere Schulbehörde. Außer freier Amtsdauer im Schulhause und Garten genügt 1200 R. Grundgehalt, 250 R. vom Kirchendienst, 110 R. für Fortbildungsschulunterricht, 55 R. für Sommerturnen und gegebenenfalls 120 R. für vierstündigen Handarbeitsunterricht der Frau. Beschränkung der Bewerbungen bis 25. August an den R. Bezirksamtspräsidenten zu Chemnitz i. R.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 14. August. Se. Majestät der König begab sich gestern abend, einer Einladung des Königl. Kammerherrn v. Burg auf Schönfeld folgende leitend, zur Birsch auf Ebersbacher Revier und kehrte von dort heute vormittag nach Moritzburg zurück.

Zur heutigen königlichen Mittagstafel im Schlosse Moritzburg sind mit Einladungen beehrt worden: Die Königl. Kammerherren Frhr. v. Burg auf Schönfeld und Oberförster v. Window, der Kommandeur des 1. Husarenregiments „König Albert“ Nr. 18 Oberst Frhr. v. Lindemann, der Königl. Landstallmeister Graf zu Münster und die Gräfinnen Maria und Mathilda zu Münster.

Deutsches Reich.

Der Kaiser.

(B. Z. B.) Wilhelmshöhe, 13. August. Se. Majestät der Kaiser empfing heute mittag den amerikanischen Botschafter Charlemagne Tower, Hr. Speyer und Hr. Ritter. Die drei Herren wurden zur Frühstückstafel geladen. Nachmittags unternahm das Kaiserpaar mit der Prinzessin Victoria Luise von Preußen und den Umgebungen einen Ausflug zu Wagen nach dem Eszberg, wo auch das Souper eingenommen wurde. Staatssekretär v. Tschirschky und Bögenhoff und Generaladjutant General der Kavallerie v. Scholl trafen nachmittags hier ein; sie folgten einer Einladung zur Abendstafel bei den Majestäten nach dem Eszberg.

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

Wie der „Hamb. Korr.“ erfährt, wird Reichskanzler Fürst v. Bülow gegen Ende August aus Norderny nach Berlin kommen, da er von Sr. Majestät dem Kaiser eingeladen worden ist, der Taufe seines Enkels beizuwohnen.

Vom Marinestat für 1907.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Wenn schon vor einiger Zeit über einzelne angeblich im Marinestat für 1907 vorzunehmende Forderungen Mitteilungen gemacht wurden, so beruhten diese lediglich auf Vermutung. Eine verlässliche Meldung über die Neuforderungen durch den Etat wird man erst erhalten, wenn der Bundesrat seine Entscheidung getroffen hat, was wohl erst im November des laufenden Jahres der Fall sein dürfte. Aber die Forderungen des nächstjährigen Marinestats jedoch, die sich als Konsequenzen der bisherigen Beschlüsse ergeben, kann man schon jetzt ein übersichtliches Bild gewinnen. Was zunächst die Linienschiffe betrifft, so werden die Schluskraten für zwei gefordert werden, dritte Kraten für die Schiffe Q und R und zweite Kraten für die Schiffe „Ersatz Bayern“ und „Ersatz Sachsen“. Die beiden letzteren sind die Linienschiffe, die infolge der Verstärkung der Armierung einen größeren

Tonnengehalt erhalten und infolgedessen auch größere Kosten verursachen werden. An großen Kreuzern sind gegenwärtig drei im Bau, für die eine Schluskrate, eine dritte und eine zweite Krate im Etat für 1907 erscheinen dürften. Der letzte dieser Kreuzer gehört zu den Schiffen, die durch die Flottengehehnelle gefordert wurden. Für die im Bau befindlichen kleinen Kreuzer „Leipzig“, „Danzig“ und „Ersatz Meteor“ werden Schluskraten für „O“, „Ersatz Nacht“ und „Ersatz Vliet“ dritte, und für „Ersatz Pfeil“ und „Ersatz Komet“ zweite Kraten gefordert werden. Die Neuforderungen, die zu diesen auf älteren Bewilligungen sich aufbauenden Kraten hinzukommen werden, werden in erster Reihe durch das Flottengesetz und seine letzte Novelle bestimmt. Danach beläuft sich der Sollbestand an Linienschiffen auf 38, wovon 37 bereits bewilligt worden sind, an großen Kreuzern auf 20, wovon 15 im Etat erschienen sind und an kleinen Kreuzern auf 38, von denen noch einer zu bewilligen wäre. Außerdem ist dabei der dem Flottengesetz als Anlage beigegebene Plan einer Verteilung der in den Jahren 1901 bis 1917 vorzunehmenden Ersatzbauten auf die einzelnen Jahre von Einfluß. Nach ihm wären im Jahre 1907 zwei Linienschiffe und zwei kleine Kreuzer zu erneuern.

Christlich-nationale Arbeiterkandidaten für die Reichstagswahl von 1908.

Die Wahl von nationalen Arbeiterkandidaten aus dem evangelischen Lager erstreckt für die Reichstagswahlen im Jahre 1908 ein neugegründeter „Nationaler Arbeiter-Wahlaußschuß“ (Sitz Essen-Ruhr), der seinen Namen veröffentlicht. Es wird auf das starke Anwachsen der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften wie auch der evangelischen Arbeitervereine hingewiesen. Die Tätigkeit der evangelischen Arbeiter dürfe sich nun nicht mehr allein auf wirtschaftliche Fragen beschränken, sondern auch auf politischem Gebiet müsse Einfluß erlangt werden. Die bewilligten Reichstagskandidaten ermöglichen auch Arbeitern die Ausübung eines Mandats. In bezug auf die nächsten allgemeinen Wahlen 1908 heißt es in dem Aufruf:

„In zwei Jahren (1908) finden die allgemeinen Reichstagswahlen statt. Wir halten es im nationalen wie auch sozialen Interesse für dringend nötig, daß durch die Wahl 1908 eine entsprechende Anzahl christlich-nationaler Arbeiter in den Reichstag gewählt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zentrumspartei mehrere unserer katolischen Kollegen in den Reichstag sendet. Wie aber steht es auf evangelischer Seite? Nach den bisher gemachten Erfahrungen haben nur wenige Parteien ernsthafte Anstrengungen gemacht, um Arbeitnehmer ins Parlament zu bringen. Wir müssen uns rühren und diese Forderung laut und nachdrücklich erheben.“

Zunächst soll in allen Wahlkreisen eingeklagt werden, in denen evangelische Arbeiterkandidaten Aussicht auf Erfolg haben. Die Bildung eines Wahlbundes soll angestrebt werden. In bezug auf die politische Tendenz des Unternehmens heißt es:

„Andererseits wollen wir feststellen, daß wir keine neue Partei-gruppierung bilden wollen. Jeder bleibt nach wie vor in seiner Partei, deshalb haben wir kein besonderes politisches Programm aufgestellt. Unsere Absicht ist einzig und allein die Förderung der Wahl von national gesinnten Arbeiterabgeordneten.“

Der Vorsitzende des „Nationalen Arbeiterwahlaußschusses“ ist der Generalsekretär des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, Franz Behrens in Essen a. d. Ruhr. Die übrigen 60 Mitglieder des Ausschusses sind meistens bekannte Persönlichkeiten aus den christlichen Gewerkschaften, evangelischen Arbeitervereinen und dem Deutsch-nationalen Handlungs-gewerksverband aus allen Teilen Deutschlands. Politisch sind alle nationalen Richtungen vertreten. Neben den Christlich-Sozialen und Liberalen finden sich eine Anzahl deutsch-sozialer und konservativer Parteigänger.

Vom den dänischen Optanten Nordschleswigs.

Die Nachricht, daß seitens der deutschen Regierung den dänischen Optanten und Optantenkinder ein größerer Mißbehagen entgegengebracht werden soll, hat in deutschen Kreisen Nordschleswigs Verwirrung erregt. Dazu bemerkt die „Nordb. Allg. Ztg.“: Selbstverständlich hat unsere Regierung ein größeres Interesse an der Ausbreitung und Wirkung des Deutschtums im nördlichen Schleswig als an dem Beifall einiger protestantischer Chauvinistenblätter. Darum ist den Dänen eine wahllose Aufnahme der Optanten auch niemals versprochen worden. Für eine solche ist der Zeitpunkt auch erst dann gekommen, wenn es in Nordschleswig kein politisches Dänentum mehr gibt. Heute können nur die Optanten auf Aufnahme rechnen, die sich nicht nur selber von deutschfeindlichen Umtrieben ferngehalten haben, sondern deren Verwandtschaft und Bekanntschaft natürlich auch dafür bürgt, daß der Aufgenommene sich ruhig verhält. Damit können beide Teile zufrieden sein.

Kolonialpolitisches.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift des in der Disziplinaruntersuchung gegen den Gouverneur v. Puttkamer nach Kamerun entsandten Kammergerichtsrats Strähler, worin dieser ausführt, daß durch seine Reise nach Kamerun keine Verzögerung in der Disziplinaruntersuchung eintrete. Es sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Aussagen der zunächst in Aussicht genommenen Zeugen die Vernehmung

weiterer Zeugen im Schutzgebiete notwendig machen werden. Für den Entschluß der Reise waren nur Gründe bestimmend, die der Gegenstand der Untersuchung lieferte. Der Entschluß wurde aber durch die Überzeugung erleichtert, daß seine Ausführung nicht bloß am sichersten, sondern auch am schnellsten zum Ziele führe. Das in Deutschland befindliche Beweismaterial ist in der Hauptsache erschöpft. Wenn irgendwo ein Verlust wichtigen Beweismaterials zu besorgen steht, so ist das in Kamerun zu erwarten.

Ausland.

(Drahtnachrichten.)

Russische französische Soldaten.

(Berl. Lokalanz.) Paris, 13. August. Die Waffenübungsperiode des 105. Territorialregiments in Bourgon bei Grenoble schloß mit einer antimilitaristischen Kundgebung gegen Oberleutnant Frolicent, der sich weigerte, gegen einige einberufene Familienväter verhängte Haftstrafen aufzuheben. Die Manifestanten zogen, die Marfcellaise singend, nach dem Stadthause und veranlaßten die Zivilbehörden, beim Kriegsministerium zu intervenieren.

Zur Lage in Rußland.

(Von einem Spezialkorrespondenten) St. Petersburg, 13. August. Die Meldung eines auswärtigen Blattes von einem Bericht über ein im Lager von Krasnoje Selo durch die Soldaten auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch erfolglos verübtes Attentat wird amtlich nicht bestätigt.

(B. Z. B.) Kiew, 13. August. Von morgen ab wird in den Jügen der Südwestbahn hinter dem Postwagen ein eigens instandgesetzter Wagen mit einem Militärkommando laufen, in dem sämtliche Geldsendungen verpackt werden.

Vom Sultan.

(Meldung des Wiener R. R. Telegr.-Korrespondenz-Bureaus.) Konstantinopel, 13. August. Nach Informationen aus Hofkreisen hat sich der Gesundheitszustand des Sultans bedeutend gebessert; gestern früh erlebte der Sultan während einer halben Stunde Staatsgeschäfte und unternahm nachmittags, begleitet vom Oberstfeldmarschall Osman Bey, eine Spazierfahrt im Palastgarten. Die heute erscheinenden türkischen Zeitungen enthalten keine offiziellen Berichte über die Krankheit des Sultans, da sie über diese nichts schreiben dürfen. Bezüglich der Nichtabhaltung des letzten Selamlit erhielten gestern die türkischen Blätter die offizielle Mitteilung, daß der Sultan infolge einer starken Erkältung auf Anraten der Ärzte den Selamlit nicht abgehalten habe, die Mitteilung wurde jedoch kurz darauf zurückgezogen und nicht veröffentlicht. Alle Kirchenoberhäupter haben für heute in den hiesigen Kirchen Gebete für die Gesundheit des Sultans angeordnet. Auf die sich häufenden Anfragen nach dem Gesundheitszustand des Sultans gab man im Yıldiz Kiosk zu verstehen, daß die Erkundigungen nicht mehr nötig seien und daher nicht gern vernommen würden.

Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ aus Konstantinopel bezieht das Leiden des Sultans in Hypertrophie der Prostata. Durch Einnehmen eines Burchatomittels am letzten Dienstag entstand so starke Diarrhoe, daß Herzschwäche eintrat. Gegenwärtig scheint allen Anzeichen nach bereits eine Besserung erfolgt zu sein. Daher wurde von der Berufung ausländischer Spezialisten abgesehen. Der Sultan wird gegenwärtig von Marschall Dr. Rafiq Pascha und Dr. Ramboroglu Pascha behandelt.

Vom den Balkanstaaten.

(Meldungen des Wiener R. R. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Sofia, 13. August. Weitere Nachrichten aus Anchiolo bestätigen die bisherigen Meldungen über die dortigen Unruhen. Die Griechen haben sich in der Kirche und in größeren Häusern verbarrikadiert. Der Kampf dauerte bis 5 Uhr nachmittags. Der Stadtpräsident forderte wiederholt die Griechen auf, sich zu ergeben, jedoch erfolglos. Schließlich wurde die Stadt durch von Burgas entsandenes Militär eingenommen. Anchiolo ist bis auf 30 Häuser niedergebrannt, auch die öffentlichen Gebäude sind dem Brande zum Opfer gefallen. Die griechische Bischof fand den Tod in dem brennenden Metropolitengebäude. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist bisher unbekannt. Die griechische Bevölkerung war in das Gebirge geflüchtet. Die im ganzen, zum größten Teile von Griechen besetzten, Bezirk Burgas herrschende Erregung läßt weitere ähnliche Ereignisse befürchten; mehrere Kaufhäuser sind bereits zerstört und in Privathäusern sind die Fenster eingeworfen worden.

(Berl. Lokalanz.) Wien, 13. August. Nach einer Meldung aus Sofia organisieren sich auch die Griechen in Bulgarien. Sie beschloßen, alle griechischen Kaufleute sollten ihre Geschäfte schließen, alle Griechen sollten sich zur Abwehr bulgarischer Feindseligkeiten bewaffnen und sich in griechischen Klöstern und Kirchen zur Verteidigung sammeln. Griechen-Versammlungen fanden in Philippopol, Burgas und Barna statt.

Auch die in anderen Orten des Fürstentums am vergangenen Sonntag abgehaltenen Versammlungen hatten schwere